

Annahme von Inseraten Kohlmars 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Danne, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Großwald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinrich Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 8. Juli.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 8. Juli.

Präsident v. Bismarck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Die erste Beratung der Militär-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. v. Bismarck (Zentr.): Die gegenwärtige Vorlage unterscheidet sich von der ursprünglichen nur sehr wenig. Meine Fraktion hat deshalb beschlossen, dieser Vorlage gegenüber dieselbe Stellung einzunehmen, welche sie der ursprünglichen Vorlage gegenüber eingenommen hatte. Und zwar ist dieser Beschluß gefaßt worden ausdrücklich unter Zustimmung der neuen Mitglieder unserer Fraktion. In der Hauptsache bleibt für die Beurteilung der Vorlage das alte Material maßgebend.

Der Herr Reichskanzler selbst hat zugegeben, daß in der nächsten Zeit keine kriegerische Entwicklung zu befürchten sei, und diese seine Behauptung hat ja auch eine Ergänzung gefunden in Äußerungen eines leitenden Ministers eines uns im Dreibund befreundeten Staates. Was die numerische Überlegenheit anlangt, die man hier uns für so notwendig erklärt, nun — mit welchem Sarkasmus hat nicht der Herr Reichskanzler selber seiner Zeit die Ziffernweitheit verpöndelt. Wenn man ferner von der Möglichkeit einer Auflösung des Dreibundes spricht, nun, so muß aber unsere Politik darauf angelegt werden, daß wir nicht nur zu einem vorübergehenden, sondern zu einem dauernden Freundschafts-Verhältnis mit unseren jetzigen Verbündeten kommen.

Mit dieser Vorlage würde sicher auch noch nicht das letzte Wort in unseren Heeresausrichtungen gesprochen sein. Man würde hinterher, wenn nicht die zweijährige Dienstzeit festgelegt wird, leicht kommen und sagen können, es haben sich als Folge derselben Mängel herausgestellt. Auch bieten die Abträge, zu denen sich die Regierung jetzt verstanden hat, einen Anhalt dafür, mit welchen neuen Forderungen man demnächst kommen würde. Auch neue Marine-Forderungen stehen uns sicher bevor. Man hat ferner auf die Studentenrevolte in Paris hingewiesen. Nun, ein Land mit einer Regierung, die durch solche Kravalle erschüttert wird, bietet uns keine Gefahr (Beifall).

Die französische Presse soll für uns maßgebend sein, daß wir die Vorlage annehmen! Nun, so wichtig ist mir die französische Presse nicht. Man weiß ja auch, wie es gemacht wird, um die Presse, auch im Ausland, zu beeinflussen. Wozu hat man denn die verschiedenen Fonds? Herr von Stumm meint, unser Minister im Auslande leide bei Ablehnung dieser Vorlage. Wäre das wahr, so kämen wir zu einem Militarabsolutismus, den ich dem doch lieber ganz offen wünsche. Wozu dann noch eine Befragung der Volksvertretung! Auch „wirtschaftliche“ Gründe sollen für Annahme der Vorlage sprechen. Herr v. Stumm meint, ihre Ablehnung würde Verarmung in der Grenzschicht hervorrufen. Fürchtet man das wirklich, so ziehe man doch lieber die Vorlage gleich zurück, dann wird alle Verarmung aufgehoben. Allerdings hat uns Anlaß der Vorlage eine beklagenswerte Veräusserung Platz gegriffen; diese richtet sich aber nicht bloß gegen den Militarismus, sondern auch gegen die preussische Oberherrlichkeit und fördert damit einen besessenen Particularismus. Es war auch ein Fehler, die Vorlage ohne gleichzeitige Erklärung der Deckungsfrage einzubringen. Das ist ein Versehen, das man beim Rückhandel anwenden mag, nicht aber für die Erklärung solcher Vorlagen. Erklärlich ist dies allerdings, man gesteht ganz einfach zu, daß die Militär-Vorlage nicht zu Stande kommen würde, wenn man sofort mit den Deckungsvorlagen käme. Wäre die Vorlage überhaupt möglich, so wäre sie schon vor fünf Jahren gewesen und nicht erst heute. Auch ich wünsche Ruhe, aber nicht in der Ausspannung aller Kräfte, sondern in der friedlichen Entwicklung des Staatslebens. Eine Kommissionsberatung halten wir ebenfalls für unnötig, wir werden die Vorlage pure ablehnen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (natl.): Was der Vorredner in Bezug auf die militärische Lage gesagt hat, bedarf der Verichtigung. Frankreich hat sich in den Angaben des Reichskanzlers in dieser Beziehung mehr zutrauen als zu den Angaben des Vorredners. Die Kriegsfähigkeit der französischen Bevölkerung haben wir doch 1870–71 in ganz anderer Weise kennen gelernt, als sie der Vorredner schildert. Ob die Franzosen kriegerisch sind, das können wir aus der Vergangenheit lernen. (Abg. Singer ruft: Boulanger lebt nicht mehr!) Das ist auch nicht nötig; in Frankreich sind die Generale und Vorgesetzten beim Ausbruch solcher Bewegungen aus dem Boden gewachsen. Auch jetzt herrschen wieder in Frankreich Verhältnisse, denen unsere Regierung alle Aufmerksamkeit zuwenden muß, denn hinter diesen Revolten steckt die ganze kommunistische, anarchistische, revolutionäre Gesellschaft. In solcher Situation kann doch wohl mit Recht verlangt werden, daß wir unsere Armeesysteme einrichten, daß wir Frankreich vor Anlaß einzeln gewachsen sind und daß wir einen Versuch Frankreichs, die ihm abgenommenen Provinzen wieder zurückzuerobern, mit Sicherheit abzuwehren können. Vergessen wir doch ja nicht, daß ein Jules Ferry keine politische Existenz in Frankreich verlor, weil er den Versuch machte, die Franzosen allmählich von dem Revanche-Gedanken abzulenken. (Zustimmung und Widerspruch.) Sogar in den französischen Schulbüchern wird der Revanche-Gedanke behandelt und die Auffassung des Vorredners von der französischen Friedensliebe dürfte dadurch genügend gekennzeichnet sein. Nun erfüllt aber die Vorlage einen alten Wunsch aller liberalen Parteien, sie bringt die zweijährige Dienstzeit, andererseits ist uns die Regierung entgegengekommen unter Verzicht auf den vollen Umfang ihrer früheren Vorlage. Nehmen wir trotzdem die Vorlage ab, so werden wir die Nachschüsse bekommen, welche die Bevölkerung für die Vorkämpfung der zweijährigen Dienstzeit auszuweisen wohlberechtigt ist. Sind wir aber überzeugt, daß die Forderungen der Vorlage notwendig sind um unsere Armeesysteme kriegerisch zu erhalten, so müssen wir sie billigen und es kann sich dann nur noch darum handeln, durch Ausdehnung gerechter Steuern die nötigen Mittel aufzubringen. In eine Nothlage, kann das Reich durch den Verzicht auf den vollen Umfang der Forderungen nicht kommen, denn zunächst ist der Bedarf aus den ohnehin ja in Anspruch genommenen Militärbeiträgen zu decken. Es ist deshalb ausserordentlich ganz überflüssig an neue

Steuern zu denken, mögen sie eine Wehrsteuer, Einkommensteuer oder sonstige heißen, allerdings werden es die Abgeordneten als noble officium beobachten müssen, mit den verb. Regierungen die nötigen Deckungsmittel zu finden. Die wirtschaftliche Lage, die erfreuliche Anfänge einer Besserung zeigt, wird, wie zureichend ausgeführt ist, durch die Vorlage erheblich beeinflusst. Sind wir also in der Lage, diese Geschäftskrisis zu überleben, so kann es für die Vertreter der Industrie und namentlich auch für die Vertreter der Arbeiter gar keine größere Pflicht geben, als die nötigen Maßnahmen zu treffen und die Vorlage anzunehmen. Bei den Sozialdemokraten kann man für die Ablehnung der Vorlage nur ihre Abneigung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung als einzigen Grund erkennen. Mit der Militär-Vorlage allein haben die Sozialdemokraten ihre Stimmen nicht gesammelt, sondern dadurch, daß sie alle möglichen Dinge in die Wahlbewegung hineinwarfen. Das mußte die Folge haben, daß ein so hervorragender Mann wie der Abg. Richter keinen Mann seiner Partei aus der Wahl herübergeben sah, sondern erst die Unterstützung anderer Parteien brauchen mußte, um einige Sitze zu behaupten. Die Redensart von der Abwirthschaftung der Mittelparteien ist durchaus unrichtig; die Mittelparteien sind gefaßt aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Die sozialdemokratische Bewegung, die bei diesem Wahlkampf ihre Erfolge gehabt hat, hat auch damit ihren Höhepunkt überschritten; denn schon jetzt beginnt die Unzufriedenheit in den Kreisen ihrer Wähler, welche auf alle Anfragen nach den Zielen der Sozialdemokratie immer nur die Antwort erhalten, das sei ganz unbefugte Willkür. Wenn Sie über den Zukunftsstaat nicht Auskunft geben, so wird und muß sich das arbeitende Volk von Ihnen abwenden. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Der Präsident bittet den Redner, zur Sache zurückzukehren.) Wäre unsere Situation eine so friedliche, wie Herr Gröber sie schildert, so läge allerdings für die Regierung kein Grund vor, eine tiefgehende Umgestaltung unserer Verhältnisse vorzunehmen. Wir haben jetzt die erfreuliche Entwicklung, daß der nationale einheitliche Gedanke unter den Vertretern der Dynastien und der Einzelregierungen sich stark entwickelt hat; bleibt das Parlament in der Verfassung dieses nationalen Gedankens hinter der Regierung zurück, so wird das Ansehen des Parlaments in der Achtung der Nation sinken. Sorgen wir dafür, daß der nationale Gedanke alle Zeit in der Volksvertretung seinen Ausdruck finde. (Bravo!)

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich will nur dem Abg. Gröber etwas erwidern. Was dieser gesagt hat, sind nur demokratische Anschauungen entsprechend der Umwandlung des Zentrums aus einer konfessionellen in eine politische demokratische Partei. Ich weiß nicht, wie man mir zum Vorwurf machen konnte, daß ich nicht Dinge sage, die ich gänzlich ablehne, und nicht unnötig Verunsicherung in das Volk trage. Ich habe nur die Absicht, und auch diese Vorlage hat es nur, zu beruhigen. Was die Ziffernfrage anlangt, so wird jeder Soldat zugeben, daß auch die Quantität ihre Grenze hat. Alle die Beispiele, die hier gegen die Quantitätsfrage angeführt worden sind, alle die drei Kriege, die man angeführt hat, beweisen aber doch, daß, je schlechter eine Truppe ist, desto blutiger der Krieg! Ich will einmal auf das Beispiel von Bonaventura eingehen. Da waren auf beiden Seiten vorzügliche Truppen, auf der einen 64 000, auf der anderen 112 000. Da sagen mir die Gegner der Quantität, seit 30 Jahren die 64 000 besiegten die 112 000! Aber was wäre am Abend geschehen, wenn wir nur die 64 000 gehabt hätten? Wir hätten den Sieg nicht verfolgen können. Nur der Umstand, daß wir insgesamt 183 000 Mann in der Nähe hatten, ermöglichte es uns, den Sieg zu verfolgen. Es beweist dies, wieviel von der Quantität abhängt. Das Urtheil aller unserer Militär-Autoritäten geht dahin, daß wir nicht so viel Truppen haben, als wir gebrauchen, um einen Krieg erfolgreich zu führen. Deshalb haben wir den Antrag hier gestellt, die Zahl der Truppen zu vermindern und die verbündeten Regierungen können von dieser Ueberzeugung nicht abgehen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bismarck (natl.): Wir sind nach wie vor Gegner der Vorlage und haben keinen Anlaß, von unserm früheren Votum abzugehen. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Reich mit seinen gegenwärtigen Streitkräften stark genug ist, um einen etwaigen Angriff abzuwehren. Daher ist die Verbesseerung unnötig. Man hat uns diese Stellungnahme aber abgenommen, aber alle Anfeindungen und Drohungen lassen uns kalt. Wir stimmen so, wie wir nach Recht und Pflicht thun zu müssen glauben.

Abg. Dr. v. Bismarck (Antisemit): Mit der Bewilligung von mehr Soldaten kann der Regierung allein nicht gedient sein. Aber wir müssen wissen, woher die Mittel genommen werden sollen. Die geforderte Erklärung des Reichskanzlers genügt uns nicht; wir wünschen zunächst zu wissen, welche Zwecke außer der Verbesseerung werden sollen, ob wir uns für die Vorlage entscheiden können. Unsere frühere ablehnende Haltung war durch die früheren Deckungsvorschläge bedingt. Wir wollen keine Konsumsteuer, also keine Bier-, Brauwein- oder Tabaksteuer, auch keine Einkommensteuer, damit Deutschland dadurch nicht in zu große Abhängigkeit von der Börse geräth. Auch die Matrilinearbeiträge zu erhöhen, ist bedenklich. Wir wünschen Erhöhung der Börsensteuer, namentlich die stärkere Belastung ausländischer Werthe; Zinsen- und Wehrsteuer scheinen uns am wenigsten; erhöhte Erziehung verdient die Reichseinkommensteuer; umgekehrt, als das Dreiklassenwahlrecht jede wirkliche progressive Belastung der großen Vermögen hindert; die großen Vermögen sind eine ernste Gefahr; wir müssen ernstlich an die Belastung der Vermögen eines Reichthums, Gleichgültiger u. A. denken, denn sie sind eine Gefahr für das Vaterländische Gewerbeleben. Weiter soll man sich aber hüten, die kleinen Städte zu schädigen durch Verlegung der Garnisonen. Hoffentlich aber ist die Vorlage die letzte, daß ich mein aufrichtiges Verlangen (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir werden mit Anträgen für innere Reformen kommen, namentlich des Gerichtswezens. (Der Vizepräsident ruft: v. Bismarck ruft den Redner zur Sache.) Wenn Frankreich am Ende seiner Leistungsfähigkeit ist, so können wir wohl mit dieser Vorlage abschließen. Ausland gegenüber sind wir in der Durchbildung der Truppen im Vortheil. Bundesrat ist es nur, daß man an den Dreibund bei solchen Gelegenheiten gar nicht denkt. Mit Österreich haben wir einen Handelsvertrag geschlossen,

weil wir mit ihm verbündet sind; jetzt sind wir im Begriff, mit Rußland, unserem Feinde, einen Vertrag zu schließen. Wir müssen ernstlich an wirtschaftliche Reformen denken, zur Erhaltung unseres Mittelstandes und damit zur Erhaltung des Vaterlandes.

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Vorredner hat eine Reihe Fragen wichtiger Natur angeregt, auf welche die Regierung nur mit aller Reserve antworten kann. So hat der Vorredner die Deckungsfrage besonders betont. Ich würde aber glauben, die Vorwürfe des Abg. Gröber zu verwerfen, wenn ich darauf mich anders äußern wollte, wie schon gefaßt. Ich habe bereits gefaßt, daß ich mit der stärksten Unterstützung der Börse einverstanden bin mit dem Abg. Bödel. Wenn ich sagen wollte, ich stimme ihm zu in der Bestimmung reicher Leute, so würde ich doch sofort fragen, ob der Begriff der „reichen Leute“ beim Vorredner und bei der Regierung übereinstimmt. Vom Schuldenmachen bin ich auch kein Freund; ich würde es gern sehen, wenn die Schulden des Reichs amortisirt würden, aber es leuchtet doch sofort ein, daß dadurch die Matrilinearbeiträge ganz erheblich anwachsen. Es liegt für den Vorredner kein Grund vor, sich wegen der Deckungsfrage zu beunruhigen. Die Regierung wird sich bemühen, in möglicher Uebereinstimmung mit der Volksvertretung die Deckungsfrage zu erledigen.

Abg. Richter: Ich finde es ja sehr begreiflich, wenn diejenigen Parteien, welche Erfolge bei den Wahlen erzielt haben, dieselben möglichst herausstreicheln. Auch die Nationalliberalen haben dies gethan. Gerade sie haben aber noch niemals die Probe darauf gemacht, was sie allein erreichen können. Nur auf der Kritik der Regierung haben sie ihre Erfolge erzielt. (Lachen und Widerspruch.) Ja wohl, sie haben es auch diesmal wieder verstanden, zu rechter Zeit mit der Regierung zu gehen. Wir haben Verträge erlassen, weil wir den Krieg nach zwei Fronten haben führen müssen. Wenn wir an die Sozialdemokraten Sitze verloren haben, so beweist das doch wohl nichts für die Militär-Vorlage, sondern höchstens beweist es, daß wir in der Opposition noch nicht scharf genug gewesen sind. Wir können ebenfalls stolz darauf sein, daß wir es verstanden haben, bei den Wahlen an Sonder-Interessen zu appelliren. Anders die Nationalliberalen, sie haben sich sofort bei den Wahlen an den Bund der Landwirthe herangeschlagen. Und Herr von Bennigsen würde nicht einmal in den Senatoren-Konvent gekommen sein, wenn nicht die Nationalliberalen schon bei der Hauptwahl von den Konservativen unterstützt worden wären. Diese haben schon aus diesem Grunde bei der Hauptwahl national-liberalen Uniformen angezogen. Sie brauchen deshalb uns gegenüber nicht zu prahlen, wenn wir auch bei der Hauptwahl Niederlagen durchgemacht. Wir beruhigen uns dabei: verloren ist nur, wer sich selbst verliert! Die Majorität der Stimmen ist im Uebrigen für die Opposition, gegen die Militär-Vorlage. Und wenn etwa die Majorität der Wähler für die Vorlage sein sollte, so liegt das nur an der ungerechten Vertheilung der Wahlkreise. Herr von Manteuffel rühmte sich der Erfolge des Bundes der Landwirthe. Was aber wäre dieser Bund der Landwirthe, wenn er nicht im Bunde wäre mit den Landräthen! Auch Sie, m. H. Konfession, haben noch nicht die Probe darauf gemacht, was Sie wären ohne die Kritik der Regierung. Noch niemals ist mehr Wahlpolitik seitens der Regierung getrieben worden als diesmal, mit Angst-machen in Kreisblättern. Und dennoch ein so geringer Erfolg von höchstens ein paar Stimmen für die Vorlage! Herr Bödel ist diesmal das Bürglein an der Waage! Er ist der Gaumen des Reichskanzlers, der diesmal entscheidet. Er ist der Herr der Situation, und die vorherige Unterredung zwischen Herrn Bödel und dem Reichskanzler wiegt alle lange Reden des Herrn von Bennigsen auf. Und man darf erwarten, daß Herr Bödel seinen Vortheil benützt. Was er vorhin sagte, war freilich nur die Verdeckung eines Nützlings. Wenn vielfach der Muth der Wähler, gegen die Vorlage zu stimmen, erschaffen worden ist, so liegt das leider nicht am Wenigsten auch an den Konfessionsdrohungen, welche gerade von Fremden der Vorlage gegenüber worden sind. Wir dächten, Deutschland ist stark genug und braucht sich nicht zu fürchten, wenn sich auch nur das geringste Lächeln rührt. Nun kommen Sie gar schon angefaßt der Studentenrevolte in Paris mit Ihrer Angstmeierei. Wollen Sie schon mal auf diese Kravalle in Paris hinweisen, so erinnern Sie dann doch auch wenigstens an die beruhigenden Äußerungen Kaiser Wilhelms während unserer Wahlbewegung! Gegenwärtig müssen die Kulturtruppen in beschämender Weise zurückgeführt werden. Das hat schon Herr von Bennigsen hier und in der letzten Kommission ausgesprochen. Alles muß gegenüber den militärischen Anforderungen zurückstehen. Und jetzt stimmt Herr von Bennigsen für Alles. Er entschuldigt sich jetzt mit der endlichen Erlangung der zweijährigen Dienstzeit, dieser alten liberalen Forderung. Ja, wir haben sie doch aber gefordert zur Entlastung, nicht zur Verlastung. Doch nun zur Steuerfrage. Das ist eine ernste Klärung der Lage, die Sie jetzt alle fagen; jetzt nur nichts von den neuen Steuern reden, sonst gefährdet das die Vorlage! Sie geben also damit zu, daß die Militär-Vorlage fallen müßte, wenn man sofort auch deren steuerliche Konsequenzen mit erörtere und darüber beschließe! Der Herr Reichskanzler hat erklärt: keine Verlastung der Landwirthe. Damit ist all denen die Absage erklärt, welche die Zukunftsprämie und die

Reichssteuererhöhung wollen. Ja, was bleibt uns an Steuern übrig? Herr Bödel, noch dieser einflussreiche Mann (Heiterkeit), sollte sich einen Revers erteilen lassen vom Reichskanzler, daß Biersteuer, Brauweinsteuer, Rohpflanzsteuer nicht von der Regierung vorgelegt werden und gutgeheßen werden! Der Reichskanzler sagte, man möge ihm glauben, ihm vertrauen! Ja, in Gelbsachen hören Gemüthlichen und Vertrauten auf. Herr v. Manteuffel, als der Nächste dazu, hat ja auch dieses Vertrauen abgelehnt. Dem Herrn Miquel freilich vertrauen die Agrarier sein. (v. Karborski: Sehr richtig!) Sie könnten in Ihren eigenen Reihen Niemanden finden, der Ihre agrarischen Forderungen so unterstützt, wie Herr Miquel. (v. Karborski: Sehr richtig!) Ihn wollen Sie als Reichsfinanzminister, an Herrn

v. Maltahn denken Sie schon gar nicht mehr. Als gefaßter Herr v. Manteuffel durch einen Zwischenruf an Herrn v. Maltahn erinnert wurde, da sagte er ja auch nur: „Der Mann Herr Miquel helfen.“ (Heiterkeit.) Redner sucht hierauf nachzuweisen, daß das französische Kadregesetz uns nicht veranlassen könne, die Militär-Vorlage anzunehmen. Werde diese aber angenommen, dann würden die Nachbarstaaten auf demselben Wege wieder weiter vorgehen und die Schraube ohne Ende werde so weiter gedreht. Das möge Herr Bödel bedenken! Bisher war der Reichstag der einzige Ort des Widerstandes gegen einseitige militärische Interessen. Wenn dieser auch schwach und ohnmächtig wird, — wo soll es dann hinaus? Wir werden deshalb bei unserm Widerstande beharren. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Jagow (Pole): Meine Partei hat einmüthig beschlossen, jetzt in eine materielle Erörterung der Vorlage nicht einzutreten. Wir werden für die Vorlage stimmen. (Hört! Hört!) Wir thun dies, indem wir dabei lediglich die Interessen unserer Wähler wahrzunehmen glauben. Wir hoffen, indem wir selbst in dieser Weise loyal verfahren, daß auch die Regierung auf anderen Gebieten gegen uns loyal vorgehen wird.

Abg. Richter (frei. Vereinigung): Ich muß gegen die Unterstellung protestiren, daß diejenigen, die heute noch für die Vorlage stimmen, es nicht aus Ueberzeugung thun, charakterlos sind u. dgl. (Lachen links. Ruf: Hampelmann!) Soviel Charakter wie Sie (zu den Sozialdemokraten) habe ich auch! Ich rechne es mir zur Ehre an, nicht auf einem vorgeschlagenen Standpunkt festzuhalten, wenn mir Gründe zur Ueberlegung in ausreichendem Maße beigebracht werden. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Während die Franzosen uns umgesehenen, so sehr, daß selbst der sozialdemokratische „Vorwärts“ darüber sich erbittert, kommen unsere Sozialdemokraten, bekämpfen die Vorlage und empfehlen ihr Mitsprache. Ich dem billiger als unsere Armees? Keinesweges! Wir würden keine Ertragsquelle machen, wohl aber würde die Befähigung des Einzelnen durch die fortwährenden Einberufungen eine viel größere sein als heute. Das wird sich ergeben, wenn die Herren der Miltzfrage einmal ernstlich näher treten und nicht bloß immer mit allgemeinen Redensarten darauf hinweisen. Die gefaßte Forderung der zweijährigen Dienstzeit müssen wir fordern, denn sie ist die Kompensation der Vorlage und ich hoffe, der Reichskanzler wird sich damit einverstanden erklären. Daß die Steuern erst später beschlossen werden, ist doch nichts Ungewöhnliches. Der Vorseher wurde ich unter der Bedingung zustimmen, daß dieselbe nicht den Verkehr hemmt und nicht Geschäftsleute von uns in den Ausland gedrängt werden. In keinem Falle dürfen Lebensmittel der ärmeren Bevölkerung besteuert werden; das muß durch eine Resolution bei der späteren Fassung festgelegt werden. Ich freue mich, daß der Reichskanzler in diesem Punkte mit mir einverstanden ist. Gegen den Vorwurf des Abg. Bader, daß es sich hier um einen Wahlkampf handle, verwehre ich mich. Ich möchte aus den Reihen der liberalen Partei austreten, wenn man es mir unmöglich machte, nach meiner Ueberzeugung für die Vertheilung des Vaterlandes einzutreten. Ich sehe in diesem Punkte auf dem von Richter klar dargelegten Standpunkte. Sorge für die Vertheilung und Liberalismus sind wohl mit einander vereinbar. Ich werde für die Vorlage stimmen und hoffe mit der Regierung zu einer Verständigung zu gelangen zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen an denen sich die Abg. v. Stumm (Reichsp.), v. Manteuffel-Krohn (natl.), Dr. v. Bismarck (Zentr.) und Gröber (Zentr.) betheiligen. Dr. v. Bismarck bemerkt, daß er auf die Vorwürfe des Reichskanzlers in der späteren Beratung antworten werde, um den Reichskanzler zu veranlassen, durch seine Antwort die gefaßte Debatte wieder zu eröffnen.

Von dem Abg. v. Bismarck ist eine Interpellation eingebracht: Was geruht der Reichskanzler zu thun aus Anlaß der nach den Berichten der Presse von dem Polizeipräsidenten zu Straßburg gegen dortige Einwohner und Mitglieder des Reichstages gehaltenen Äußerungen?

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 13. d. M., 12 Uhr.

Tages-Ordnung: Interpellation v. Stumm (betr. Verlegung der Manöver) und die vorher erwähnte Interpellation Bödel.

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 8. Juli. Abgeordneter v. Cury, Freiherr von Hehl, Graf Oriola und Dr. Oßan haben mit Unterstützung der national-liberalen Fraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag soll die Regierungen ersuchen, daß in den Bundesstaaten die dort bereits eingeführten oder in Aussicht genommenen Frachtermäßigungen für die Strassenmittel der Futter auch auf den Inlandverkehr innerhalb des Reichs bezüglich der Staats- und Privatbahnen für die Dauer des Nothstandes ausgedehnt werden.

Dem Bundesrat sind heute der Nachtrags-etat und das Anleihegesetz für die Durchführung der Militär-Vorlage zugegangen. Der Reichstagsabgeordnete Graf Herbert Bis-marck wird in der nächsten Woche Berlin verlassen, um seine Eltern nach Kissingen zu begleiten.

Der Finanzminister Miquel ist seit längerer Zeit mit dem Studium einer Reform des preussischen Agrarrechtes beschäftigt. Der Minister soll seine Forderungen für die Vertheilung der Güter halten, damit der Landwirtschaft nicht weitere Verluste erwachsen.

Die Ausbesserungen an dem seit dem Frühjahr in der Wilhelmshafener Werft befindlichen Artillerieschiff „Mars“, die sich in der ersten Linie auf die maschinellen Theile des Schiffes beziehen, werden demnächst beschleunigt werden, daß das Schiff gegen Mitte August fertiggestellt ist und nach Kiel dampfen kann, um an den Herbstmanövern der Flotte Theil zu nehmen.

Das Schiff wird nach seiner Indienststellung seine alte Besatzung, die während der Sommermonate auf der Kreuzerfregatte „Karola“, das stellvertretende Artillerieschiff, übergegangen

ist, zurückverhaken. Am Bord des „Mars“ wird sich für die Zeit der Herbstmanöver, wie auch im Vorjahre, der kommandirende Admiral Freiherr v. d. Golt mit seinem Stabe einschiffen.

Kiel, 8. Juli. Die Konferenz von Sekretären der deutschen Handels- und Gewerbetagungen, welche hier unter dem Vorsitz von General-Liebig tagte, war von etwa 50 Theilnehmern besucht. Die Konferenz erledigte die Tagesordnung und beschloß unter anderem, den Handelskammern zu empfehlen, die Herstellung einer Statistik der industriellen Produktion zu veranlassen. Die nächste Konferenz soll im Jahre 1895 in Nürnberg abgehalten werden.

Altena, 8. Juli. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Altena, den 8. Juli. Gestern Abend 8 Uhr 42 Minuten überfuhr Personenzug 32 der Nebenbahn Marburg-Grenzthal auf dem beim Antihause gelegenen Straßenübergang vor Bahnhofs Grenzthal einen Jagdwagen, welcher mit 9 von einem Ausfluge zurückkehrenden Personen besetzt war. Vier Personen erlitten schwere — hierunter eine lebensgefährliche — die übrigen leichte Verletzungen. Die Untersuchung bezüglich der Schuldfrage ist sofort eingeleitet worden.

Bremen, 8. Juli. Aus Manila ist die telegraphische Nachricht eingegangen, daß der brennend verlassene Dampfer „Don Juan“ desbels in den Hafen eingeschleppt worden ist. Ein Theil der Mannschaft und der Passagiere ist gerettet, 145 Chinesen sind umgekommen.

Köln, 8. Juli. Der Justizminister Dr. von Schelling ist mit dem Vortragenden Rath, Geheimen Ober-Justizrath Biehl und dem Ministerial-Direktor Dr. Droop zur Eröffnungsfest der neuen Justizgebäude hier eingetroffen.

Schweiz.

Die schweizerische Bevölkerung ist in der Vertheilung des Berner Kravalls einmüthig, weil dessen Theilnehmer in keiner Weise die gesetzlichen Mittel erschöpft haben, um ihre Lage als Arbeiter zu verbessern, und weil es, da viele der Vertheilten oft bestraft und Ständemänner sind, keineswegs sicher ist, daß wirklicher Nothstand sie zum Angriff auf die italienischen Arbeiter veranlassen. Obgleich aber diese Ueberzeugung allgemein ist, wird der Vorgang noch viel zu reben geben; die begleitenden Umstände haben zu heftigen Parteistößen geführt und die Frage des Gerichtsstandes wird diesen Parteistößen noch vergrößern. Im Kanton Bern selbst suchen die Konfessionen aus der Sache Kapital zu schlagen, indem sie die Freikommen beschuldigen, durch gelegentliches Zusammengehen oder die Protektion der Sozialdemokraten — in letzter Zeit übrigens standen Freikommen und Sozialdemokraten einander feindselig gegenüber — den revolutionären Keim großgezogen zu haben. Sie wollten Regierungsrath Gobat von seinen Posten sprengen, der die Einberufung des verabschiedeten geborenen Rufes Baffelstieß erleichtert habe, obwohl er dessen nihilistische Vergangenheit gekannt, hatten aber damit im Großen Rath kein Glück, da sich dessen Verhandlungen wohl zu einer Demonstration gegen die sozialdemokratische Richtung gestalteten, Gobat jedoch vom Regierungsrath abgedrängt wurde und es bei bloßen Worten gegen ihn blieb. Wichtiger wird die Entscheidung darüber sein, ob durch die Verfassung eidgenössischer Truppen von Thun und Luzern nach Bern, wo sie den Kravall zu dämpfen und einen beschleunigten weiteren Ausbruch zu verhüten hatten, eidgenössische Intervention stattfand oder nicht. Wenn dies der Fall, dann hat der Kanton Bern die Kosten dieser Intervention zu zahlen und an die Stelle seines Gerichtsstandes tritt das eidgenössische Gefügeverwaltungsgericht; bereits auch die Untersuchung muß durch einen eidgenössischen Untersuchungsrichter geführt werden. Zudem eine Eingabe der Arbeiterunion Bern abgelehnt beschied, erklärt der Bundesrath, der Interventionsfall sei nicht gegeben, sondern es habe nur eine in der Kompetenz des Militärdepartements gelegene Truppenbeschickung stattgefunden. Dieser Beschluß des Bundesraths wird jedoch von Mitgliedern der verschiedensten Parteien angefochten, weil die Beschickung und das Gesetz nirgends eine derartige Kompetenz des Militärdepartements kennt, sondern bloß die Bundesversammlung und, wenn sie nicht verfaßt ist, der Bundesrath Truppen zur Vertheilung der gestörten Ordnung aufstellen darf. Die Bundesversammlung war zur Zeit des Kravalls in Bern anwesend; sie also hätte befragt werden müssen, und weil dazu nicht Zeit war, mußte der Bundesrath beschließen und nachher dafür die Zustimmung der Bundesversammlung einholen. Sollte es aber, was bezweifelt wird, ebenfalls nicht möglich gewesen sein, daß der Bundesrath Beschluß faßte, so hat das Militärdepartement für seine Kompetenzüberschreitung nachträglich Indemnität einzuführen. Vermuthlich verlangt nun die Arbeiterunion Bern beim Bundesgerichte die Einsetzung eines eidgenössischen Untersuchungsrichters und in der Bundesversammlung wird bei deren Wiederzusammentritt versucht werden, eine Entscheidung herbeizuführen, monach die Intervention stattgefunden hat. Unterdessen haben im Lande mehrere Arbeiterversammlungen stattgefunden, welche die Stellung der Schweizerischen zu den italienischen Bauarbeitern besprachen, jedoch nicht in der aufgereizten Weise, wie einige Zeitungen Italiens es darstellen. Eine Hege gegen die Italiener findet nicht statt und jetzt jedenfalls weniger als anfänglich, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Manuarbeiter in der That meist nur von italienischen Arbeitern gethan werden können, das sich dafür nicht genug Schweizer finden. Das Einzige, was gegen diese italienischen Arbeiter mit Grund gesagt werden kann, ist, daß sie Steuerfreiheit genießen, was bei den Einheimischen, die das ganze Jahr und nicht bloß den Sommer über im Lande bleiben, nicht der Fall ist, und daß ihre Wohnungen unter strengere sanitätsrechtliche Aufsicht gestellt werden dürfen. Als praktische Mittel der Hilfe nennt man an Stelle der Vertheilung einer fremden arbeitsamen Masse die Errichtung von Manuarfachschulen zur Veranlassung inländischer Bauhandwerker und die Ermöglichung der Arbeitslosenvertheilung, zu welcher theils durch Leistungen von Arbeitern selbst, theils durch solche von Gemeinden einige Anfänge schon gemacht worden sind.

Frankreich.

Paris, 8. Juli. In parlamentarischen Kreisen wird erwartet, daß die heute Vermittlung stattfindende Sitzung der Deputirtenkammer, in welcher die Interpellationen über die letzten

Roman von Reinhold Ortmann.
(Nachdruck verboten.)

— Wir können nicht immer im Leben nur unseren Wünschen und Neigungen folgen, Fritz,“ sagte Rudolf ausweichend; aber der Knabe fuhr ihn mit einem abermaligen Kopfschütteln ins Wort.

— In diesem Falle wenigstens künntest Du es, wenn Dich nicht die Rücksicht auf mich bestimme, ein neues, schöneres Dpjer zu bringen. Du wüßtest mir die Wohlthat dieses Anbauenthatke noch länger zu Theil werden lassen, und um die Mittel dafür aufzubringen, entschiederst Du Dich, etwas zu thun, das Dich gewiß sehr unglücklich macht. — Aber ich will nicht, daß das geschehe, Rudolf! — Nein, wahrhaftig, ich gebe es nicht zu! Meine Gesundheit ist hinreichend gekräftigt, und wenn Du nicht willst, daß wir wieder eine gemeinsame Wohnung beziehen, so wird sich doch gewiß irgendwo in der Stadt eine billige Unterkunft für mich finden lassen. Du selbst nicht in meiner Wohnung!

dem Du da redest, wüßte mir wahrlich nicht näher rücken, auch wenn ich hier bliebe; und ich würde ein sehr schlechter Moralprediger, wenn ich mit selber nachsichtig verfahren wollte, was ich Dir dochin verbot. Klein, Fritz, bei der Reize hat es kein Beneiden und bei Deinem Verbleiben an diesem Orte nicht minder! Was später kommen wird, mag dem allwaltenden Schicksal überlassen bleiben. Und nun — das ist das zweite Glockenzeichen zum Entfeigen — Ich wohl, mein Junge! — Auf ein frühliches Wiedersehen!“

Sie umarmten sich beinahe stürmisch — dann stieg Rudolf rasch in den nächsten Wagen und das dröhnende Aufgellen der vom Schaffner ins Schloß geworfenen Thüre verdrängte die letzten Abschiedsworte, die hinterher und herüber gerufen worden waren. Rudolf sah aus dem Fenster noch Gefühn lang ein blaßes, trauriges Gesicht und

Nachdem ich eben, war Herr Vincolo Greaves eben aus der Jesuphischen Kontorei auf den Platz hinaus-
ausgetreten, als Rudolf an ihm vorbeifuhr. Für
einen Augenblick schien er zweifelhaft, ob er ihn
anrufen oder ihn ruhig seines Weges ziehen lassen
sollte; dann aber entschied er sich doch für das
Erstere und holte ihn mit wenigen Schritten seinen
langen Beine ein.

„Holla! guter Freund! Sind es die Gedanken
an die Dame Ihres Herzens, welche Sie so blind
machen für Ihre besten Freunde? — Ich denke,
einen Guten Abend hätte ich mir doch wenigstens
von Ihnen verdient!“

Rudolf war sofort stehen geblieben, und wenn
er auch der Kunst der Vertiefung nicht so weit
mächtig war, um eine angenehme Ueberraschung
erzengelnd zu können, so erwiderte er doch mit an-
gemessener Höflichkeit den Gruß seines freundlichen

sinn des Amerikaners und sah, daß derselbe offenbar auch jetzt wieder von allen Dispositionen Forsters bereits genau unterrichtet war. Jede wahrheitsgemäße Antwort aber, die er selber auf eine von Greaves Fragen erstellte, konnte möglicher Weise eine Befristigung jenes Argwohn darstellen, mit welchem ihm William Forster und seine Tochter anfänglich begegnet waren.

So zögerte er auffallend lange mit der Erwiderung und nicht ohne eine gewisse Beschämung sollte er erkennen, daß der scharfsichtige Amerikaner über die Gründe dieses Zauderns vollkommen im Klaren war.

„Wenn es Sie genirt, sich über diese Dinge zu äußern, so bejahen Sie sie gerathet für sich!“ kam er ihm zuvor. „Ich kann mir lebhaft vorstellen, wie eindringlich mein Freund Forster und sein theures Töchterchen Sie davor gewarnt haben, sich

nichtlich und einbar aufsteigende Weinstube der Potsdamer Straße führte.

Da waren sie fast die einzigen Besucher und die Lage des Tischchens, an dem sie sich niederließen, sicherte sie vollends vor den Thoren unbekannten Lauscher. Der Amerikaner bestellte eine Flasche lichten Mostelweins, und nachdem er sich eine neue Zigarre angezündet hatte, sagte er, ohne die Nasen, durchdringenden Augen von dem Gesicht seines Gegenübers zu verdecken:

„Sie werden sich ohne Zweifel der Unterhaltung erinnern, die wir vor einigen Wochen in Ihrer kleinen Dachkammer führten. Damals schienen Sie selber wenig Vertrauen in das Gelingen des Experiments zu setzen, das ich Ihnen zu Ihrem Vessu vorstehlg.

(Fortsetzung folgt.)

18

Aufstiege in 4 Akt. v. Schöndönan u. Nabelburg
Josephine — — — — — **Rosa Poppe**
 Gastspielpreise. — — — — — Bons ungültig.
 4 Uhr: Gartenfreiconcert.
 Montag, den 10. Juli 93.
Vogelhändler